

ANFRAGE Die Linke und SPD-OR-Fraktion vom: 01.02.2020 eingegangen am: 21.02.2020	Gremium: Termin: TOP: Verantwortlich:	Ortschaftsrat Durlach 2020/0375 22.04.2020 öffentlich Amt für Stadtentwicklung / Dez. 2
Milieu im Geltungsbereich der Erhaltungssatzung für die Altstadt Durlach		

Anfrage:

Wie war in den Jahren 2014 bis 2018 die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und der Wohnbedingungen im Gebiet der in Vorbereitung befindlichen Erhaltungssatzung Altstadt Durlach, auch im Vergleich zum gesamtstädtischen Trend (Karlsruhe), im Hinblick auf:

- Anzahl der dort wohnenden Personen
- Zahl der Seniorinnen und Senioren über 65
- Zahl der Familien mit Kindern
- Zahl der Alleinerziehenden
- Bildungsgrad der Bewohnerinnen und Bewohner
- Zahl der Arbeitslosen sowie der SGB II-Beziehenden
- Höhe des Mietpreises je qm
- Anzahl, Ausstattungsmerkmale und Größe der Wohneinheiten zur Miete und im Eigentum
- Zahl der Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen
- Anzahl der Wohnungen in Sozialbindung
- Anzahl der „Luxussanierungen“

Begründung:

Die Erhaltungssatzung kann in ihrer derzeitigen Beschaffenheit bei Inkrafttreten nur die Beschaffenheit der Gebäude in der Altstadt schützen. Der Zusammensetzung der Bewohner*innen des Gebiets, die das Gebiet erst beleben, kann damit allein nicht Rechnung getragen werden. Da im Zuge der Erhaltungssatzung mit anspruchsvollere Instandhaltung der Gebäude und steigender Attraktivität der Durlacher Altstadt zu rechnen ist, besteht langfristig die Gefahr von Preissteigerungen, die die Zusammensetzung der Bewohner*innen des Gebiets empfindlich stören können. Eine frühzeitige Überprüfung der Zusammensetzung der Bevölkerung und Beobachtung der Entwicklung vermag diesen Aspekt der Städteplanung frühzeitig mit zu berücksichtigen.

Für eine informierte Debatte, ob für die Altstadt Durlach eine Milieuschutzsatzung gem. § 172 Abs. 1 Nr. 3 BauGB als soziale Erhaltungssatzung jetzt oder in Zukunft in Frage kommt, muss die detaillierte Zusammensetzung und Entwicklung des Milieus in dem Gebiet bekannt sein.

unterzeichnet:

Anna Ginder (Die Linke)
Dr. Jan-Dirk-Rausch (SPD)
Susanne Oppelt (SPD)
Herbert Siebach (SPD)